

Haltungspapier Betteln

1. Wir fordern die ersatzlose Abschaffung von Bettelverboten.

Bettelverbote widersprechen aus menschen- und grundrechtlicher Perspektive dem Recht auf Privatleben, das die Freiheit der Lebensgestaltung und Erwerbsfreiheit umfasst.

Betteln ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit zur Selbsthilfe. Für jene, die spenden, ist es eine Möglichkeit zur Umverteilung – freiwillig, ohne Verwaltungsaufwand, ohne staatliche Einmischung. Direkte Hilfeleistung gehört zu den selbstverständlichen sozialen Taten in einer freien Gesellschaft.

Sollte es im Zusammenhang mit dem Betteln tatsächlich zur Verletzung von Menschenrechten, dem Kindeswohl, zu Nötigung oder Menschenhandel kommen, sind dafür die entsprechenden Gesetze anzuwenden. Eine gesetzliche Parallelstruktur für marginalisierte Gruppen lehnen wir strikt ab.

2. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von bettelnden Menschen und einen differenzierten Umgang mit dem Thema Betteln.

Wir wenden uns gegen Verbote auf Basis moralisierender und verallgemeinernder Schuldzuweisungen. Diskriminierende und rassistische Diskurse sind zu ächten, vor allem im Bereich der Politik und medialen Berichterstattung.

3. Wir fordern einen solidarischen und respektvollen Umgang mit bettelnden Menschen.

Wir verurteilen aggressives oder gewalttätiges Verhalten gegenüber bettelnden Personen. Bei Übergriffen auf Bettelnde ist zivilcouragiert einzuschreiten. Dokumentieren Sie das Geschehene, und melden Sie den Vorfall der Polizei.

Personen, die betteln, sind nicht auf diese Handlung zu reduzieren. Auch diese Personen haben unter anderem ein Recht auf Datenschutz und Schutz ihrer Privatsphäre.

Menschen aus unterschiedlichsten soziokulturellen Milieus betteln. Deshalb wehren wir uns gegen ethnischierende und kulturalisierende Erklärungsmuster von bettelnden Menschen.

4. Wir fordern einen öffentlichen Raum, der für alle nutzbar und zugänglich ist.

Wir sind gegen die Vertreibung von bettelnden Personen von öffentlichem Grund und Einrichtungen.

Wir treten dafür ein, dass soziale Konflikte im öffentlichen Raum wahr- und ernstgenommen werden. Zum Umgang damit sind Strategien zur Deeskalation (Mediation, Sozialarbeit und andere) einzusetzen und nicht ordnungspolitische Massnahmen.

5. Wir fordern eine zukunftsorientierte, an den Grundrechten orientierte Praxis, die sich gegen Verbote und soziale Ausgrenzung richtet.

Wir fordern ein Ende der restriktiven Praktiken, die seit mehreren Jahrhunderten gegen bettelnde Menschen eingesetzt werden.

Wir fordern von Politik, Behörden, Medien und Öffentlichkeit einen rassistis- und diskriminierungsfreien Umgang mit bettelnden Menschen, der sich den Menschen- und Grundrechten verpflichtet fühlt.

Der Umgang mit bettelnden Personen ist nicht zu trennen von der allgemeinen Armutspolitik.

Die Ursachen von Armut müssen bekämpft werden, nicht die Armen! Statt BettlerInnen zu vertreiben, sollten die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Armut bedingen, auf lokaler und internationaler Ebene geändert werden.